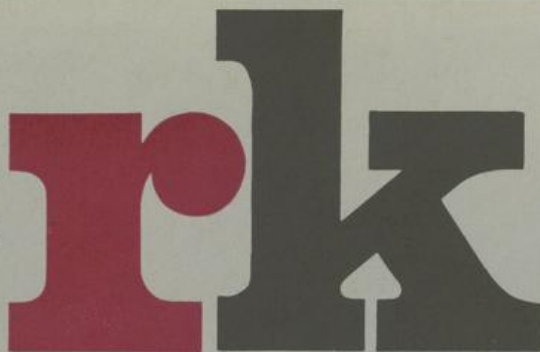


rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Mittwoch, 19. Februar 1986

Blatt 387

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS
ausgesendet:
(grau)

Terminübersicht vom 19. bis 28. Februar
Heuer in Wien Bundesbauten für 4 Milliarden
Grippewelle in Wien
Lärmschutz entlang der Schnellbahntrasse
Friedhofsgebühren werden angehoben

Kommunal:
(rosa)

Studie "Lunge und Umwelt": Zwischenergebnis
vorgelegt
Neues Pflegeheim im Psychiatrischen Krankenhaus
Um eineinhalb Millionen mehr für Behinderten-
Fahrtendienst
Mitbestimmungsoffensive im Gemeindebau
Herkunftslisten und rigorose Kontrollen gegen
Antibiotikamißbrauch
Wiener FPÖ bietet Mithilfe bei Großprojekten an

Lokal:
(orange)

Familiensonntag am 23. Februar

Kultur:
(gelb)

"Otto Kallir-Nirenstein" - Ausstellung im
Historischen Museum

Nur
über FS:

Oberleitungsgebrecchen am Ring
Zusätzliche Straßenbahnlinie zur Freizeitmesse
Vorsicht, Dachlawinen!

.....
Bereits am 18. Februar 1986 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Terminübersicht vom 19. bis 28. Februar (1)

6 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) In der Zeit vom 19. bis 28. Februar hat die "RATHAUSKORRESPONDENZ" folgende Termine vorgemerkt:

MITTWOCH, 19. FEBRUAR:

- 10.00 Uhr, Presseführung Historisches Museum "Otto Nirenstein-Kallir"
- 11.00 Uhr, Pressekonferenz der Wiener FPÖ, Pawkowicz, U-Bahn-Bau (Rathaus, FPÖ-Klub)
- 19.00 Uhr, Pressekonferenz Mayr (Holding)

DONNERSTAG, 20. FEBRUAR:

- 10.00 Uhr, Eröffnung Kindertagesheim, 19, Radelmayergasse 8, Smejkal
- 10.00 Uhr, Überreichung von Rettungsmedaillen, Seidl (Rathaus, Steinerne Saal I)
- 11.00 Uhr, Pressekonferenz Stadtmarathon ("Theodor Körner")
- 11.00 Uhr, Ausstellungseröffnung "90 Jahre Röntgenstrahlen" (VAMED-Info Center, 9, Währinger Gürtel)

FREITAG, 21. FEBRUAR:

- 9.30 Uhr, Gemeinderatsausschuß Finanzen und Wirtschaftspolitik

SONNTAG, 23. FEBRUAR:

Familiensonntag

MONTAG, 24. FEBRUAR:

- 9.00 Uhr, Spatenstich U 3, Bauabschnitt Herrengasse, 1, Minoritenplatz; Hatzl
- 11.00 Uhr, Pressekonferenz der Wiener ÖVP (Landtmann)
- 11.00 Uhr, Überreichung von Ehrenmedaillen an Prof. Franz Hiesel, Prof. Berislav Klobucar, Hochschulprof. Mag. Ferdinand Welz und Eduard Robitschko; Mrkvicka (Rathaus, Steinerne Saal I)

DIENSTAG, 25. FEBRUAR:

- 11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)
- (Forts.) red/bs

.....
Bereits am 18. Februar 1986 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Terminübersicht vom 19. bis 28. Februar (2)

7 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL)

MITTWOCH, 26. FEBRUAR:

11.00 Uhr, Pressekonferenz Stacher, Krankenhaus Lainz

14.00 Uhr, Berufstitel Hofrat für Dr. Gertrude Hawle und Primarius
Dr. Viktor Samec sowie Überreichung von Ehrenzeichen;
Stacher (Rathaus, Steinerne Saal I)

14.30 Uhr, Gemeinderatsausschuß für Stadtentwicklung und Stadter-
neuerung

DONNERSTAG, 27. FEBRUAR:

9.30 Uhr, Gemeinderatsausschuß Bauten

9.45 Uhr, Gemeinderatsausschuß Personal, Rechtsangelegenheiten und
Konsumentenschutz

12.30 Uhr, Gemeinderatsausschuß Kultur und Sport

18.00 Uhr, Pressekonferenz Viennale, Mrkvicka (Feuerwehr-Wagner)

FREITAG, 28. FEBRUAR:

9.00 Uhr, Wiener Landtag und Gemeinderat
(Schluß) red/bs

NNNN

.....
Bereits am 18. Februar 1986 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Heuer in Wien Bundesbauten für 4 Milliarden

8 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) Der Bund investiert heuer im Hoch- und Straßenbau in Wien mehr als 4 Milliarden Schilling, erklärte heute, Dienstag, Bautenminister Dr. Heinrich ÜBLFIS bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Bürgermeister Dr. Helmut ZILK im Rathaus. Insgesamt sind heuer - inklusive Wasserwirtschaftsfonds, Wohnbauförderung und Nettoinvestitionen der Bauträger - für Wien Mittel in Höhe von 10,6 Milliarden Schilling vorgesehen.

Zilk betonte, daß sich Wien in der Vergangenheit oft zurecht benachteiligt gefühlt habe, was die Bautätigkeit des Bundes in Wien anbelangt. Dies sei nun nicht mehr der Fall. Der Bürgermeister hob hervor, daß der Bund in Wien heuer auch die Trendwende zur Stadterneuerung vollziehe: Für die Sanierung und Erhaltung von Bundesgebäuden stehen heuer mit 977 Millionen Schilling um 150 Millionen mehr als im Vorjahr zur Verfügung. Einen weiteren Schwerpunkt bildet, so Zilk, der Umweltschutz, sei es in Form von Förderungsmitteln aus dem Wasserwirtschaftsfonds, etwa für die EBS-Sanierung, oder Lärmschutzbauten entlang der Bundesstraßen.
(Schluß) chr/rr

NNNN

.....
Bereits am 18. Februar 1986 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Grippewelle in Wien

Utl.: In der vergangenen Woche fast 19.000 Neuerkrankungen

9 =Wien, 18.2. (RK-LOKAL) Wien hat wieder seine alljährliche Grippewelle: in der vergangenen Woche erkrankten 18.800 Wienerinnen und Wiener an Grippe beziehungsweise grippalen Infekten. In der Woche zuvor hatte sich das Virus (nachgewiesen wurde teilweise der Stamm B) 15.700 mal bemerkbar gemacht. Für diese Woche wird wieder mit rund 19.000 neu an Grippe Erkrankten gerechnet.++++

Diese Grippewelle schlägt sich auch in der Statistik der Wiener Gebietskrankenkasse nieder (in der allerdings alle Krankenstände, nicht nur jene wegen Grippe erfaßt sind): Zwischen 10. und 16. Februar waren 3,9 Prozent der Beschäftigten als krank gemeldet, in der Woche zuvor waren es 3,4 Prozent gewesen. (Schluß) and/rr

NNNN

.....
Bereits am 18. Februar 1986 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Lärmschutz entlang der Schnellbahntrasse

10 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat Johann HATZL kündigte Dienstag im Gemeinderatsausschuß für Verkehr und Energie Gespräche mit den österreichischen Bundesbahnen an, um Lärmschutzmaßnahmen entlang der Schnellbahntrasse im 3. Bezirk zu erreichen.

Hatzl sagte in Beantwortung eines entsprechenden Antrags, er werde sich beim Direktor der ÖBB für diese Forderung einsetzen und auch den mit der Leitung der Koordinierungsgespräche mit den ÖBB betrauten Vertreter Wiens damit beauftragen. (Schluß) roh/bs

NNNN

.....
Bereits am 18. Februar 1986 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Friedhofsgebühren werden angehoben

11 =Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) Der Gemeinderatsausschuß für Verkehr und Energie beschloß Dienstag mit Stimmenmehrheit eine Erhöhung der Friedhofsgebühren. Die Grabstellenentgelte werden um 3,2 Prozent, die Arbeitsentgelte um fünf Prozent angehoben. Voraussichtlicher Termin ist - nach der Beschlußfassung im Gemeinderat - der 1. März. Gleichzeitig erfolgte eine Neuverfassung der Tarifbestimmungen, die übersichtlicher und verständlicher wurden.++++

Die Erhöhung entspricht bei den Grabstellenentgelten dem Lebenshaltungskosten-Index bzw. bei den Arbeitsentgelten der Steigerung der Lohnkosten. Um die städtischen Friedhöfe technisch einwandfrei und unter Berücksichtigung der geforderten kulturellen Belange und eines zeitgemäßen Betriebes führen zu können, ist eine Reihe von Investitionen notwendig. Die wichtigsten Punkte: Umbau und Sanierung der Simmeringer Feuerhalle mit Errichtung der zwei restlichen Kremationsöfen, Weiterführung der Reaktivierung der ehemaligen 16 Sperrfriedhöfe, Kanalisierung des Zentralfriedhofes, laufende Instandsetzungsarbeiten in praktisch allen Friedhöfen.

Weiters nahm der Gemeinderatsausschuß für Verkehr und Energie mit Stimmenmehrheit eine Erhöhung der Kundenpreise der städtischen Friedhofsgärtnerei um vier Prozent zur Kenntnis, was dem durch die paritätische Kommission genehmigten Preisantrag der Landesinnung Wien der Gärtner entspricht. Die Relation der Preise der städtischen Friedhofsgärtnerei zu denjenigen der Privatgärtner bleibt damit unverändert.

Ein ÖVP-Antrag auf Privatisierung der städtischen Friedhofsgärtnereien wurde im Ausschuß abgelehnt. Stadtrat Johann HATZL sagte in der Begründung, daß die städtische Gärtnerei bei einer den Privatbetrieben ähnlichen Preisgestaltung, die bisher bewußt vermieden wurde, durchaus ausgeglichen arbeiten könnte, wobei noch zusätzlich für den Gesamtbetrieb der Friedhofsabteilung notwendige Arbeiten geleistet werden müßten. Die Städtische Gärtnerei bietet vergleichbare Leistungen um bis zu 60 Prozent billiger an. (Schluß) roh/rr

Studie "Lunge und Umwelt": Zwischenergebnis vorgelegt (1)

Utl.: Werden die Kinder krank, wenn's stinkt?

3 =Wien, 19.2. (RK-KOMMUNAL) Werden die Kinder häufiger krank, wenn's stinkt? Auf diese einfache Fragestellung läßt sich das Ziel einer Studie über "Lunge und Umwelt" bringen, die gegenwärtig im Auftrag der Stadt Wien durchgeführt wird. Überraschendes Zwischenergebnis: Subjektiv empfundene schlechte Luftqualität ist nicht gleichzusetzen mit objektiv feststellbarer Luftbelastung. In den sogenannten "Schlecht-Luft-Bezirken" leiden die Kinder um nichts häufiger an Erkrankungen der Atemwege als in den sogenannten "Gut-Luft-Bezirken". Das gaben Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER und der Vorstand der Lungenabteilung des Lainzer Krankenhauses Prim. Dr. Hartmut ZWICK Dienstag abend im Rahmen der Gesundheitspolitischen Presserunde Stachers bekannt.+++

Zwtl.: Kein Unterschied zwischen "Gut-Luft-" und "Schlecht-Luft-Bezirken" meßbar

Weil immer wieder erklärt wurde, etwa in Simmering würden häufiger Kinder an Atemwegserkrankungen leiden als in anderen Stadtteilen, gab Gesundheitsstadtrat Stacher im vergangenen Jahr den Auftrag, mögliche überdurchschnittliche Belastungen nach wissenschaftlichen Gesichtspunkten zu überprüfen. Untersucht wurden in einer ersten Phase Kinder zwischen dem 6. und dem 11. Lebensjahr, weil sie einerseits häufiger für Bronchialerkrankungen anfällig sind als Erwachsene, zugleich aber an der wissenschaftlichen Erforschung von Krankheiten besser mitarbeiten können als kleinere Kinder. Außerdem halten sie sich mehr im unmittelbaren Wohnbereich bzw. der Wohnumgebung auf als Erwachsene. Gleichzeitig erhielten die Eltern der Kinder Fragebögen, die sie aus ihrer persönlichen Sicht beantworten sollten. Dabei zeigte sich, daß Eltern aus den Bezirken 2 und 11 eher annehmen, daß ihre Kinder unter umweltbedingten Bronchialerkrankungen leiden als Kinder aus den Vergleichsbezirken 13 und 23. Aufwendige Messungen der Vitalkapazität (Menge der ausgetauschten Luft) und der Sekundenkapazität (rasch ausgestoßene Luftmenge), beides Kriterien für den Zustand des Bronchialsystems, konnten die subjektive Empfindung nicht objektiv bestätigen.
(Forts.) and/bs

NNNN

Studie "Lunge und Umwelt": Zwischenergebnis vorgelegt (2)

Utl.: 60 besonders empfindliche Kinder werden weiter untersucht

4 Wien, 19.2. (RK-KOMMUNAL) Im Rahmen der Untersuchungen wurden 60 Kinder ausgewählt, deren Bronchialsystem besonders empfindlich ist. Sie werden nun während der nächsten Monate laufend überwacht: sie tragen spezielle Sammelröhrchen, die von der Technischen Universität Zürich angeschafft wurden, mit denen die Stickoxidbelastung unmittelbar beim Kind selbst gemessen werden kann. Mit einer einfachen Lungenfunktionsanalyse werden diese Kinder außerdem permanent überwacht, und einmal wöchentlich werden sie von einem Mitarbeiter des Forschungsprojektes zu Hause besucht. Ziel des nun laufenden zweiten Teils der Studie ist es, den Einfluß höherer Luftschadstoffkonzentrationen auf ein überempfindliches kindliches Bronchialsystem objektiv zu erfassen, erklärte Prim. Dr. Zwick, der das Projekt betreut.

Zwtl.: Endgültige Ergebnisse voraussichtlich im April

Endgültige Ergebnisse dieser Untersuchung werden für April erwartet. Mit einer ähnlichen Aufgabenstellung läuft zur Zeit auch ein Forschungsprojekt des Gesundheitsamtes, das, so Stadtrat Stacher, nach seiner Fertigstellung ebenfalls der Öffentlichkeit präsentiert werden soll.

Ganz allgemein, meinte Stacher, sei es wichtig, die Qualität der Wiener Luft im Rahmen der Möglichkeiten zu verbessern, wie es bereits geschehe, doch verwahre er sich gegen eine Panikmache mit wissenschaftlich unbeweisbaren Behauptungen, wie dies in letzter Zeit immer wieder erfolgt sei. Abgesehen davon sei es falsch, ergänzte der Stadtrat, kleine Kinder unter einen "Glassturz" gegen virusbedingte Bronchialerkrankungen zu stellen, weil etwa dadurch im Kindesalter harmlose Krankheiten erst in späteren Jahren auftreten und dann zu gefährlichen Komplikationen führen könnten. Ein Kind, das in normaler Umgebung aufwächst, bekomme eben zu einer bestimmten Zeit Bronchitis, Kindergartenkinder durch die größere Ansteckungsmöglichkeit häufiger als solche, die nur zu Hause aufwachsen, fügte Prim. Dr. Zwick hinzu. (Schluß) and/rr

Neues Pflegeheim im Psychiatrischen Krankenhaus

Utl.: 139 Betten zur Weiterbetreuung wiederhergestellter
Pfleglinge - Teil der Psychiatriereform

5 =Wien, 19.2. (RK-KOMMUNAL) Als wichtiges Ergebnis der
Psychiatriereform bezeichnete Gesundheits- und Sozialstadtrat
Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER die bevorstehende Umwandlung von
Pavillons des Psychiatrischen Krankenhauses Baumgartner Höhe in ein
Pflegeheim. Der Gemeinderatsausschuß für Gesundheit und Soziales
beschloß Dienstag nachmittag die Umwandlung der Pavillons 5 und 11
für diesen Zweck. Im neuen Pflegeheim werden 139 Betten für ehemals
psychisch Kranke, die keiner weiteren psychiatrischen Betreuung mehr
bedürfen, zur Verfügung stehen. Das neue Pflegeheim wird verstärkte
internistische Pflege ermöglichen. Es wird den Namen "Pflegeheim
Sanatoriumstraße" tragen.++++

(Schluß) and/rr

NNNN

Um eineinhalb Millionen mehr für Behinderten-Fahrtendienst

Utl.: Gemeinderatsausschuß beschloß neue Verträge

6 =Wien, 19.2. (RK-KOMMUNAL) Für die 510 Behinderten, die täglich auf Kosten der Stadt Wien zu Behinderteneinrichtungen, Schulen oder Arbeitsplätzen gebracht werden, beschloß der Gemeinderatsausschuß für Gesundheit und Soziales Dienstag nachmittag den Abschluß neuer Verträge. Sie entsprechen den erhöhten Aufwendungen der Vertragspartner und machen zusätzliche Mittel der Stadt Wien in Höhe von 1,556.000 Schilling notwendig. Das Sozialamt der Stadt Wien bedient sich zur Durchführung des Fahrtendienstes privater Organisationen beziehungsweise Mietwagenunternehmen.++++

Die Beförderungsentgelte waren seit zweieinhalb Jahren nicht mehr angehoben worden, und die Mietwagenunternehmer beantragten daher angesichts gestiegener Kosten eine Erhöhung der Pauschalsätze. Aus diesem Grund wurden die Verträge per Jahresende 1985 aufgelöst und der Fahrtendienst neu öffentlich ausgeschrieben. Allerdings konnte mangels ausreichender Kapazität der Billigstbieter nicht allein zum Zug kommen. Aus diesem Grund wurden nun die Firmen Franko, Haas & Co., Eiseler & Löffler sowie Lazarus-Hilfswerk beauftragt. Dabei wurde auch auf die Ausrüstung mit entsprechenden Spezialfahrzeugen und die notwendigen Erfahrungen für solche Transporte Bedacht genommen. (Schluß) and/bs

NNNN

Familiensonntag am 23. Februar

7 Wien, 19.2. (RK-LOKAL) Zum "Wasserzirkus" im Hallenbad Floridsdorf, einer "Familienparty" in den Sofiensälen, zu einem Besuch in den Prunkräumen des Wiener Rathauses und vielen anderen interessanten Veranstaltungen für Kinder und Eltern ladet das Landesjugendreferat am Familiensonntag, am 23. Februar, ein.

Weitere Programmpunkte:

- o "Märchen-Clown-Programm" in der Volkshochschule Margareten
- o "Informationsveranstaltung über und für Pflegefamilien" im Zentrum 22
- o "Musik aus Lateinamerika" im Konzerthaus
- o "Winterfreuden" am Cobenzl.

Im Rahmen eines Animationsprogrammes stellt Erich SCHLEYER das neu renovierte Raimundtheater den Familiensonntagsbesuchern vor.
(Schluß) je/rr

NNNN

Mitbestimmungsoffensive im Gemeindebau (1)

9 =Wien, 19.2. (RK-KOMMUNAL) Eine großangelegte Offensive zur Verankerung einer umfassenden Mietermitbestimmung im Gemeindebau startet nunmehr die Stadt Wien in Zusammenarbeit mit der Mietervereinigung. StR. Ing. Fritz HOFMANN, Ressortchef der städtischen Wohnhäuserverwaltung, und Dr. Heinrich KELLER, Präsident der Mietervereinigung Österreichs, haben grundsätzliche Übereinstimmung darüber erzielt, daß die Mitbestimmung im Bereich städtischer Wohnhausanlagen in Wien auf vertraglicher Basis verwirklicht werden soll. Darüber hinaus wird es, wie Hofmann der "RATHAUSKORRESPONDENZ" ergänzend mitteilte, bei allen künftigen kommunalen Wohnhausanlagen eine Mitbestimmung der Mieter bereits während der Planungs- und der Bauphase geben.+++

Zwtl.: Demokratisierung des Wohnens - Vertrag zwischen Stadt Wien und Mietervereinigung

Zwischen der Gemeinde Wien als Hauseigentümer und der Mietervereinigung Österreich als Mietervertreter soll eine Vereinbarung bzw. ein Statut abgeschlossen werden, daß die Mitbestimmung der Mieter im Bereich des Wohnens garantiert. Nach der zwischen der Gemeinde Wien und der Mietervereinigung erzielten grundsätzlichen Übereinstimmung soll ein derartiges Statut folgende Bestimmungen enthalten:

- o Das Statut soll zwischen der Gemeinde Wien und der Mietervereinigung vereinbart werden und für eine Probezeit befristet sein. Es soll für alle Mieter städtischer Wohnhausanlagen Gültigkeit besitzen.
- o Nach dem Statut sollen in allen städtischen Wohnhausanlagen Mieterbeiräte gebildet bzw. Mieterbeauftragte gewählt werden. Die Mieterbeiräte bzw. Mieterbeauftragten sollen in jeder städtischen Wohnhausanlage nach den Grundsätzen der allgemeinen, gleichen, unmittelbaren und geheimen Wahl gewählt werden.
- o Die Mieterbeiräte bzw. Mieterbeauftragten sollen das Recht erhalten, die Einhaltung der Berechnung und Verwendung der Mietzinse und sonstigen Einnahmen des Hauses betreffenden Vorschriften zu überwachen. Sie sollen berechtigt sein, in alle von der Hausverwaltung geführten Aufzeichnungen, Abrechnungen, Zahlungsbelege und sonstige Unterlagen einschließlich der Mietverträge Einsicht zu nehmen und sie zu überprüfen.

(Forts.) ger/bs

Mitbestimmungsoffensive im Gemeindebau (2)

10 Wien, 19.2. (RK-KOMMUNAL)

- o Sie sollen berechtigt sein, in allen Angelegenheiten, die die Interessen der Mieter berühren, bei der Hausverwaltung entsprechende Maßnahmen zu beantragen und die Beseitigung von Mängeln zu verlangen. Sie sollen insbesondere berechtigt sein, die Durchführung von Erhaltungs- und Verbesserungsarbeiten zu verlangen und die nach den finanziellen Auswirkungen oder dem Stand der Technik zweckmäßige Koordination oder Reihung solcher Arbeiten zu verlangen.
- o Die Mieterbeiräte bzw. Mieterbeauftragten sollen vor Errichtung, Ausgestaltung oder Auflassung von Gemeinschaftseinrichtungen wie Gemeinschaftsräumen, Kinderspielplätzen und dgl. gehört werden. Sie sind weiters berechtigt, derartige Einrichtungen zu verlangen und zu verwalten.
- o Die Hausverwaltung soll verpflichtet sein, die Mieterbeiräte bzw. Mieterbeauftragten über alle Angelegenheiten, welche die Verwaltung, Erhaltung und Verbesserung des Hauses betreffen, Auskunft zu erteilen und sie anzuhören.
- o Vor jeder Kündigung oder Räumung eines Mieters soll der Mieterbeirat bzw. Mieterbeauftragte verständigt werden.
- o In den Wohnhausanlagen ist eine Anzeigetafel für Mitteilungen des Mieterbeauftragten einzurichten und nach Möglichkeit dem Mieterbeirat ein Raum für seine Tätigkeit zur Verfügung zu stellen.
- o Mit dem Mieterbeirat bzw. den Mieterbeauftragten ist spätestens vor Ablauf eines jeden Kalenderjahres eine Beratung über die für das nächste Kalenderjahr in Aussicht genommenen Erhaltungs- und Verbesserungsarbeiten, deren voraussichtliche Kosten und Bedeckung, sowie über die sonst vorhersehbaren Aufwendungen und Belastungen abzuhalten. Der Mieterbeirat bzw. Mieterbeauftragte soll jeweils vor Durchführung einer nicht bloß unbedeutenden Erhaltungs- oder Verbesserungsarbeit unter Vorlage eines Kostenvoranschlages unterrichtet werden.
- o Der Mieterbeirat bzw. Mieterbeauftragte soll vor Anstellung bzw. Kündigung des Hausbesorgers gehört werden.
- o Die Hausordnung kann durch Vereinbarung zwischen Hausverwaltung und Mieterbeirat bzw. Mieterbeauftragten abgeändert bzw. ergänzt werden.

(Forts.) ger/bs

Mitbestimmungsoffensive im Gemeindebau (3)

Utl.: Verhandlungskomitee wird eingesetzt

11 Wien, 19.2. (RK-KOMMUNAL) Ausgehend von der zwischen der Stadt Wien und der Mietervereinigung Österreichs erzielten grundsätzlichen Übereinkunft wurde die Einsetzung eines Verhandlungskomitees vereinbart, das die Ausformulierung des Statuts "Demokratisierung des Wohnens" vornehmen soll.

Zwtl.: Mitbestimmung auch bei der Planung

Bei allen städtischen Wohnhausanlagen, die in Zukunft gebaut werden, wird es eine Mitbestimmung der künftigen Mieter bereits in der Planungs- bzw. Bauphase geben, teilte Stadtrat Hofmann dazu ergänzend mit. Bei Bauvorhaben bis maximal 70 Wohnungen wird sich die Mitbestimmungsmöglichkeit der einzelnen Mieter nicht nur auf persönliche Wünsche bei der Wohnungsausstattung (Boden- und Wandbeläge, Elektro- und Sanitärinstallationen), sondern auch auf die Grundrißgestaltung erstrecken. Bei Wohnbauvorhaben mit mehr als 70 Wohnungen (sie sind im künftigen kommunalen Wohnbau in der Minderheit) beschränkt sich die Mitbestimmung auf die Wohnungsausstattung, Grundrißveränderungen sind hier nicht möglich. In allen künftigen Wohnhausanlagen der Stadt Wien sollen die Mieter über die Ausstattung der Gemeinschaftsräume und Außenanlagen mitentscheiden können. Vier Projekte mit Mietermitbestimmung mit zusammen 72 Wohnungen sind derzeit in Bau (3., Untere Weißgerberstraße 4; 4., Goldeggasse 4; 6., Marchettigasse 16; 15., Beckmannngasse 64). 20 Wohnhausanlagen mit zusammen 1.468 Wohnungen werden in nächster Zeit begonnen, weitere 34 Wohnhausanlagen mit zusammen 3.892 Wohnungen sind in Planung. (Schluß) ger/bs

Herkunftslisten und rigorose Kontrollen gegen Antibiotika- mißbrauch (1)

Utl.: Seit einer Woche gibt es keine Beanstandungen mehr

12 Wien, 19.2. (RK-KOMMUNAL) Die von Bürgermeister Dr. Helmut ZILK angeordnete Veröffentlichung einer "schwarzen Liste" mit den Namen jener Betriebe, denen die Lieferung antibiotikahältigen Fleisches nach Wien nachgewiesen wurde, sowie die rigorosen Kontrollen durch Amtstierärzte und Lebensmitteluntersuchungsanstalt der Stadt Wien haben sich äußerst positiv ausgewirkt, erklärte Mittwoch Konsumentenstadtrat Friederike SEIDL. Diese Maßnahmen haben bewirkt, daß seit einer Woche trotz gezielter Kontrollen keine derartigen Rückstände mehr festzustellen sind.

In der Woche nach Veröffentlichung der "schwarzen Liste" wurden noch drei Lieferungen beanstandet. Diese Schweinehälften wurden von Betrieben geliefert, die bereits auf der Liste standen. Wie in den meisten anderen Fällen auch, sind dies jedoch Betriebe, die nicht selber produzieren, sondern Vieh von den Mästern aufkaufen. Es liege deshalb auch im Interesse der Händler, jene Produzenten ausfindig zu machen, die Antibiotika illegal verabreichen. Die Konsumentenstadträtin hat deshalb die Weisung erteilt, daß jene Betriebe, die auf der Liste stehen, ihre Lieferungen nach Wien mit einer Herkunftsliste zu versehen haben. Die Schweinehälften müssen entsprechend dieser Liste markiert sein. Dieser Forderung kamen die Lieferanten anstandslos nach. Durch dieses Vorgehen ist es den Amtstierärzten möglich, Proben von jedem Mastbetrieb zu ziehen und einen etwaigen Mißbrauch sofort namhaft zu machen. Dadurch werden auch die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft wesentlich beschleunigt und erleichtert. Sollten Lieferungen ohne Herkunftslisten in Wien eintreffen, werden sie auf Kosten der Lieferanten gelagert und Stück für Stück untersucht. (Forts.) lei/rr

Herkunftslisten und rigorose Kontrollen gegen Antibiotika- mißbrauch (2)

Utl.: Lieferanten haben Konsequenz gezogen

13 Wien, 19.2. (RK-KOMMUNAL) In den vergangenen zwei Wochen wurden knapp 1.400 Schweine auf Antibiotika untersucht. Die Zahl der beanstandeten Proben hat sich bis vor einer Woche um vier auf 16 erhöht, wobei die Zahl der beanstandeten Lieferanten (neun) gleich blieb. Die Tatsache, daß seit 12. Februar keine Antibiotikarückstände mehr gefunden wurden, läßt darauf schließen, daß die Maßnahmen der Stadtverwaltung gegriffen und die nach Wien liefernden Händler ebenfalls Konsequenzen gezogen haben und sich jetzt weigern, Schweine von bereits beanstandeten Mastbetrieben aufzukaufen.

Die schwerpunkt- und stichprobenmäßigen Kontrollen werden in nächster Zeit strengstens fortgesetzt, erklärte Seidl. Auch die in den ersten Fällen praktizierte Vorgangsweise, daß bei einer positiven Probe die zuständige Staatsanwaltschaft sofort telefonisch benachrichtigt wird, noch bevor die Anzeige schriftlich erstattet werden kann, soll beibehalten werden. Trotzdem sei es dringend notwendig, daß die Gesetzgebung sowie die Kontrollen in den Herkunftsgebieten der Schweine verbessert werden, forderte die Stadträtin. Im Interesse der Konsumenten müsse ein für alle Mal den kurpfuscherischen Praktiken einzelner Mäster ein wirksamer Riegel vorgeschoben werden. (Schluß) lei/gg

NNNN

Wiener FPÖ bietet Mithilfe bei Großprojekten an

14 Wien, 19.2. (RK-KOMMUNAL) FPÖ-Gemeinderat Dipl.-Ing. Dr. Rainer PAWKOWICZ forderte Mittwoch in einer Pressekonferenz eine "projektbezogene" Zusammenarbeit aller politischen Kräfte in Wien. Damit könnten, so Pawkowicz, kommunale Fehlleistungen bei Großprojekten in Zukunft vermieden werden. Pawkowicz beklagte die mangelnde Information seitens der SPÖ, die der FPÖ eine Mithilfe bei der Lösung der anstehenden Probleme unmöglich mache.

Als eines dieser kommenden Probleme bezeichnete Pawkowicz den U-Bahn-Bau. Im Bauabschnitt der U 3 zwischen Westbahnhof und Kardinal-Rauscher-Platz seien ähnliche Probleme wie am Gaudenzdorfer Gürtel zu erwarten, da auch dort, in der Gasgasse, sich bis in die Zwanziger Jahre eine Gasfabrik befand und kontaminiertes Erdreich zu befürchten sei. Pawkowicz forderte deshalb neben den geologischen und archäologischen Untersuchungen des Bodens auch chemische Prüfungen bei der Planung der U-Bahn-Trassen. (Schluß) roh/bs

NNNN

"Otto Kallir-Nirenstein" - Ausstellung im Historischen Museum
15 =Wien, 19.2. (RK-KULTUR) Das Historische Museum der Stadt Wien zeigt bis 27. April die Ausstellung "Otto Kallir-Nirenstein - ein Wegbereiter österreichischer Kunst". Die Schau dokumentiert die Bedeutung des Sammlers, Verlegers, Kunsthändlers und Wissenschaftlers Kallir-Nirenstein für die österreichische Kunstszene der Zwischenkriegszeit.++++

Otto Kallir-Nirenstein war seit 1919 als Verleger tätig, seit 1923, dem Gründungsjahr seiner Neuen Galerie in der Grünangergasse als Kunsthändler. Mit seinen bibliophilen Ausgaben (Verlag Neuer Graphik, Johannes-Presse) sind vor allem die Namen Egon Schiele, Gustav Klimt, Oskar Kokoschka und Alfred Kubin verbunden. Die Nachlässe von Peter Altenberg und Richard Gerstl wurden von Kallir-Nirenstein in ihrem Wert erkannt und für die Nachwelt gesichert. Darüber hinaus edierte und zeigte er auch bedeutende ausländische Künstler des 20. Jahrhunderts.

1938 mußte Kallir-Nirenstein Wien verlassen und gründete in New York die Galerie St. Etienne, deren Hauptaufgabe bis heute im Aufzeigen österreichischer Kunst des 20. Jahrhunderts besteht.

In der Ausstellung im Historischen Museum sind Dokumente zur Person und zur Verleger- und Galeristentätigkeit von Otto Kallir-Nirenstein sowie Werke jener Künstler, denen er seine Tätigkeit widmete, zu sehen. Die Ausstellung ist täglich außer Montag von 9 bis 16.30 Uhr zu sehen. Ein Katalog mit 18 Farbtafeln ist zum Preis von 130 Schilling erhältlich. (Schluß) gab/rr

NNNN